



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Kreistag

Es informiert Sie:	Nico Hüsgen
Telefon:	02104/99-1223
Fax:	02104/99-4224
E-Mail:	nico.huesgen@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 03.04.2024

Niederschrift

zur Sitzung des Kreistages

Sitzungstermin Donnerstag, den 21.03.2024, 16:30 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Raum
1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Thomas Hendele

Mitglieder

Eleonore Altvater

Nicole Anfang

André Bär

ab 16:45 Uhr

Andreas Benoit

Ina Bisani

Prof. Dr. Ralf Bommermann

Markus Bösel

Susanne Brandenburg

Annette Braun-Kohl

Dirk Brixius

Heinrich Burghaus

Torsten Cleve

Ulrich Düchting

Souhaila El Ghanou

Susanne Elm

ab 16:58 Uhr

Sandra Ernst

Felix Freitag

Schabestan Gafari

ab 16:45 Uhr

Christian Gartmann

Jens Geyer

Alexandra Gräber

Dr. Tina Guenther

Brigitte Hagling
 Martina Hannewald
 Nora Herrguth-Mertens
 Thomas Hoffmann
 Gabriele Hruschka
 Rainer Hübinger bis 17:30 Uhr
 Dr. Bernhard Ibold
 Ingmar Janssen bis 17:40 Uhr
 Rudolf Joseph
 Marc Kammann
 Andreas Kanschat
 Dirk Kapell
 Annette Kirchhoff
 Marion Klaus
 Sebastian Köpp
 Martina Köster-Flashar
 Ilona Kückler
 Roman Lang ab 16:35 Uhr
 Nils Lessing
 Gerd Lohmann
 Gerd Lungen
 Waldemar Madeia
 Annette Mick-Teubler
 Jörn-Eric Morgenroth
 Laura Niehof ab 16:45 Uhr
 Dirk Niemeyer ab 16:40 Uhr
 Birgit Onori
 Renate Petschull
 Günter Pollmann
 Maximilian Rech
 Anna Meike Reimann
 Dieter Roeloffs
 Annerose Rohde
 Helmut Rohden
 Carola Rotert
 Michael Ruppert
 Sybille Schettgen
 Annegret Schiffers
 Rainer Schlottmann ab 16:40 Uhr
 Andreas Seidler
 Dr. Norbert J. Stapper
 Alexander Steffen ab 16:55 Uhr
 Margret Stolz
 Udo Switalski
 Elke Thiele
 Peter Thomas
 Hartmut Toska
 Dietmar Viehöver ab 16:55 Uhr
 Ewald Vielhaus
 Klaus-Dieter Völker
 Axel C. Welp
 Peter Werner ab 16:35 Uhr

Verwaltung

Maxine Dey
 Susanne Frindt-Poldauf
 Philipp Gilbert
 Dirk Haase

Nils Hanheide
Daniela Hitzemann
Nico Hüsgen
Dr. Stephan Kopp
Marcus Kowalczyk
Jutta Pilz
Claudia Rügemer
Martin Schlüter
Christian Schölzel
Gabriele van Eck

Gäste

Ulrich Klaus
Henriette Morgenroth
Dominic A. Testrut

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
 - 1.1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
 - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 14.12.2023
3. Informationen der Verwaltung
4. Informationen des Kreisjugendrates
5. Fragestunde für Einwohner gem. § 33 Abs. 1 Satz 3 Kreisordnung NRW
6. Umbesetzungen von Ausschüssen und sonstigen Gremien 01/004/2024
7. Interkommunale Zusammenarbeit im Bereich Statistik 10/005/2024
Hier: Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Erkrath
8. Ermächtigungsübertragungen von 2023 nach 2024 20/005/2024
-Bericht des Kämmerers-
9. Genehmigte überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gem. § 83 GO NRW im Jahr 2023 20/058/2023/1
-Ergänzender Bericht des Kämmerers
10. Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH: Aufnahme des VRR als Gesellschafter 20/001/2024

- | | | |
|-----|--|-------------|
| 11. | Namensgebung für das Förderzentrum Süd des Kreises Mettmann | 40/001/2024 |
| 12. | Betriebsabrechnung für die Entsorgung häuslicher Abfälle im Kreis Mettmann für das Jahr 2022 | 32/001/2024 |
| 13. | Änderung der Satzung für das Notarztsystem des Kreises Mettmann | 38/002/2024 |
| 14. | Ausreisepflichtige Personen im Kreis Mettmann
Hier: Anfrage des Kreistagsabgeordneten Buchholz vom 11.01.2024 | 33/001/2024 |
| 15. | Beratungsangebot als Alternative zur "Between-The-Lines-App"
Hier: Anfrage der Gruppe PIRATEN vom 01.03.2024 | 53/005/2024 |
| 16. | Ergänzung des Nahverkehrskonzeptes mit Schnellbuslinien und SPNV
Hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 22.12.2023 | 61/002/2024 |
| 17. | Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages vom 18.01.2024
Hier: Gemeinsame Erklärung der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP, UWG-ME, der Gruppe PIRATEN und von KA Kückler vom 08.02.2024 | |
| 18. | Nachträge | |

Nicht öffentlicher Teil

- | | | |
|-----|--|-------------|
| 19. | Informationen der Verwaltung | |
| 20. | Aufstellung der Nebeneinnahmen des Landrates im Jahr 2023 gemäß § 53 Landesbeamtenengesetz NRW (LBG NRW) | 11/002/2024 |
| 21. | Erweiterung der Patronatserklärung für eine Beteiligung | 20/004/2024 |
| 22. | Einzelentsorgungsvertrag zwischen dem Kreis und der Abfallwirtschaftsgesellschaft Kreis Mettmann mbH (AKM) über den Betrieb einer Müllumschlagstation in Hilden, Großhülsen 20 | 32/002/2024 |
| 23. | Verlängerung der Anmietung einer Liegenschaft in Mettmann | 23/005/2024 |
| 24. | Nachträge | |

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Landrat Hendele eröffnet die Sitzung und informiert, dass der öffentliche Teil dieser Kreistagsitzung live in die Öffentlichkeit gestreamt werde. Bis auf zwei Personen haben alle Anwesenden der Übertragung ihrer Person zugestimmt; allerdings könne jedes Kreistagsmitglied diese Zustimmung ad-hoc – durch Zeigen einer auf den Plätzen ausliegenden roten Karte – widerrufen. Anschließend stellt er die ordnungsgemäße Ladung sowie die Anwesenheit fest. KA Dr. Aßmann, KA Diedrich, KA Weiß, KA Besche-Krastl, KA Serag, KA Ehlert, KA Rusche, KA Buchholz, KA Küppers, KA Yeboah und KA Müller fehlen entschuldigt. KA Sülz fehlt. Darüber hinaus übermittelt der gesamte Kreistag Herrn KA Müller die besten Genesungswünsche. Alsdann stellt Landrat Hendele die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung erklärt er, dass zu Tagesordnungspunkt 21 „Erweiterung der Patronatserklärung für eine Erweiterung“ (VO: 20/004/2024) verwaltungsseitig keine Vorlage veröffentlicht worden sei. Aufgrund aktueller Umstände sei eine Beschlussfassung nicht mehr erforderlich; entsprechende Informationen werden unter dem Tagesordnungspunkt gegeben. Anschließend fragt Landrat Hendele, ob es Anträge zur Tagesordnung gebe. Da dies nicht der Fall ist, stellt er die Tagesordnung fest.

Ferner berichtet Landrat Hendele, dass die Anlage zu Tagesordnungspunkt 6 „Umbesetzungen von Ausschüssen und sonstigen Gremien“ sowie eine aktualisierte Anlage zur Vorlage zu Tagesordnungspunkt 8 „Ermächtigungsübertragungen von 2023 nach 2024“ auf den Tischen ausliegen beziehungsweise im Kreistagsinformationssystem eingestellt seien.

Danach gratuliert Landrat Hendele KA Rech nachträglich herzlich zu seinem Geburtstag. In seinem Namen sei wunschgemäß – statt eines persönlichen Geschenks – eine Spende an das Tierheim Hilden, Tier- und Naturschutzverein Hilden e.V. erfolgt.

Abschließend bittet Landrat Hendele die Anwesenden, sich von ihren Plätzen zu erheben, um schweigend der am 10.01.2024 verstorbenen ehemaligen Kreistagsabgeordneten Marie-Liesel Donner sowie dem am 23.01.2024 verstorbenen ehemaligen Oberkreisdirektor Robert Wirtz zu gedenken.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 14.12.2023

Die Niederschrift über die Sitzung vom 14.12.2023 wird genehmigt.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung

Es liegen keine öffentlichen Informationen der Verwaltung vor.

Zu Punkt 4: Informationen des Kreisjugendrates

Landrat Hendele begrüßt das anwesende Kreisjugendratsmitglied Henriette Morgenroth.

Frau Morgenroth berichtet von ersten Erfahrungen des Kreisjugendrates im Kontext der (neuen) Zusammenarbeit mit dem Bundesprojekt „Demokratie Leben!“. Es seien bereits erste jugendrelevante Projekte gefördert worden. Abseits dieser Initiative liege der derzeitige Schwerpunkt des Kreisjugendrates auf der Europawahl sowie dem (präventiven) Umgang mit Rechtsextremismus. In diesem Zusammenhang begrüßt sie ausdrücklich das unter Tages-

ordnungspunkt 17 zur Beratung und Beschlussfassung vorgesehene Zeichen des Kreistages für Zusammenhalt, Vielfalt und Demokratie.

Ferner berichtet sie von weiteren Initiativen des Kreisjugendrates wie „Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage“, die Unterstützung der „Bezirksschüler*innenvertretung“ sowie einer erarbeiteten Anregung, welche im Rahmen der kommenden Sitzung des Ausschusses für Klima-, Umwelt-, Landschafts- und Naturschutz beraten werde. Diese Initiativen sollen künftig auch vermehrt über die Social-Media-Präsenz des Kreisjugendrates beworben werden, um möglichst viele Jugendliche innerhalb und außerhalb des Kreises hierüber informieren zu können.

Des Weiteren erarbeite der Kreisjugendrat derzeit weitere Anregungen zu den Themen „barrierefreier ÖPNV“ und „Sicherung der Grünflächen im Kreis Mettmann“. Ferner stehe auch die breitere Vernetzung der kreisangehörigen Städte sowie die Vernetzung des Kreises mit „Regionen“ außerhalb des Kreises auf der Agenda. Auch die künftige Legalisierung von Cannabis werde thematisiert; hier sollen im Rahmen von Aufklärungskampagnen (in Kooperation sowohl mit dem Gesundheitsamt als auch mit den Kreisschulen) Gesundheitsrisiken aufgezeigt werden.

Überdies dankt Frau Morgenroth ausdrücklich für die produktive Zusammenarbeit mit dem Kreistagsbüro und lädt abschließend alle Kreistagsmitglieder zur nächsten Sitzung des Kreisjugendrates am 14.05.2024 ein.

Zu Punkt 5: Fragestunde für Einwohner gem. § 33 Abs. 1 Satz 3 Kreisordnung NRW

Landrat Hendele stellt fest, dass ihm keine schriftlichen Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern vorliegen. Er fragt, ob Einwohnerinnen und Einwohner anwesend sind, die Fragen stellen möchten. Dies ist nicht der Fall.

Zu Punkt 6: Umbesetzungen von Ausschüssen und sonstigen Gremien - Vorlage Nr. 01/004/2024
--

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den Wahlvorschlag – getrennt nach Ziffern – abstimmen.

Wahl:

1. **Herr SB Jan Wiertz** wird als ordentliches Mitglied und Nachfolger für **Frau Sarah Harden** in den Ausschuss für Klima-, Umwelt-, Landschafts- und Naturschutz gewählt.
2. **Herr SB Rüdiger Gilles** wird als stellvertretendes Mitglied und Nachfolger für **Herrn Josef Ehentraut** in den Ausschuss für Klima-, Umwelt-, Landschafts- und Naturschutz gewählt.
3. **Herr SB Sascha Greszat** wird als stellvertretendes Mitglied und Nachfolger für **Frau SB Anja Prüßmeier** in den Ausschuss für Klima-, Umwelt-, Landschafts- und Naturschutz gewählt.
4. **Herr SB Jörg Biesterfeld** wird als stellvertretendes Mitglied und Nachfolger für **Herrn Jürgen Bullert** in den Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz gewählt.

5. **Herr SB Rüdiger Gilles** wird als ordentliches Mitglied und Nachfolger für **Herrn Josef Ehrentraut** in den Sozialausschuss gewählt.
6. **Herr SB Jan Wiertz** wird als stellvertretendes Mitglied und Nachfolger für **Frau Sarah Harden** in den Ausschuss für Schule und Sport gewählt.
7. **Frau Petra Baumann** wird als ordentliches Mitglied mit beratender Stimme gem. § 85 Abs.2 SchulG als Nachfolgerin für **Frau Birgit Hess** in den Ausschuss für Schule und Sport gewählt.
8. **Herr SB Jan Wiertz** wird als stellvertretendes Mitglied und Nachfolger für **Frau Sarah Harden** in den Beirat für Klimaschutz und Klimaanpassung gewählt.
9. **Herr SB Rüdiger Gilles** wird als stellvertretendes Mitglied und Nachfolger für **Herrn Josef Ehrentraut** in den Beirat für Klimaschutz und Klimaanpassung gewählt.
10. **Herr KA Heinrich Burghaus** wird als ordentliches Mitglied und Nachfolger für **Herrn Josef Ehrentraut** in die Meinungsbildungskonferenz der gemeinsamen Einrichtung Jobcenter ME-aktiv gewählt.
11. **Frau Larissa Hilverkus** wird als ordentliches beratendes Mitglied und Nachfolgerin für **Frau Annegret Pollmann** in die Meinungsbildungskonferenz der gemeinsamen Einrichtung Jobcenter ME-aktiv gewählt.
12. **Frau Jana Lihl** wird als stellvertretendes beratendes Mitglied und Nachfolgerin für **Frau Sabine Reucher** in die Meinungsbildungskonferenz der gemeinsamen Einrichtung Jobcenter ME-aktiv gewählt.
13. **Herr SB Hans-Peter Westbeld** wird als stellvertretendes Mitglied und Nachfolger für **Herrn Ulrich Weber** in die Bauberatungskommission gewählt.
14. **Herr Manfred Hoffmann** wird als stellvertretendes Mitglied und Nachfolger von **Herrn KA Axel C. Welp** auf Vorschlag der Stadt Wülfrath in den Verwaltungsrat der Kreissparkasse Düsseldorf gewählt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

(bei Nichtteilnahme von Landrat Hendele an der Abstimmung zu den Ziffern 1-13)

**Zu Punkt 7: Interkommunale Zusammenarbeit im Bereich Statistik
Hier: Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der
Stadt Erkrath
- Vorlage Nr. 10/005/2024**

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Dem Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Erkrath und dem Kreis Mettmann gemäß dem als Anlage beigefügten Entwurf wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 8: Ermächtigungsübertragungen von 2023 nach 2024

**-Bericht des Kämmerers-
- Vorlage Nr. 20/005/2024**

Kreiskämmerer Schölzel erläutert im Kontext der aktualisierten Anlage zur Vorlage, dass lediglich Korrekturen hinsichtlich der Zuordnung von Beträgen zu den verschiedenen Produkten notwendig wurden.

Die Kreistagsmitglieder nehmen die Inhalte der Vorlage zur Kenntnis.

**Zu Punkt 9: Genehmigte überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gem. § 83 GO NRW im Jahr 2023
-Ergänzender Bericht des Kämmerers
- Vorlage Nr. 20/058/2023/1**

Die Kreistagsmitglieder nehmen die Inhalte der Vorlage zur Kenntnis.

**Zu Punkt 10: Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH: Aufnahme des VRR als Gesellschafter
- Vorlage Nr. 20/001/2024**

Landrat Hendele weist auf einen redaktionellen Fehler in § 5 Abs. 1 hin (100.000,00 statt 100.000,00,00).

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Kreistag stimmt den in der Vorlage aufgeführten, geplanten Änderungen des Gesellschaftsvertrages der Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH zu.

Damit stimmt der Kreistag auch der Aufnahme der Verkehrsbund Rhein-Ruhr AöR in den Gesellschafterkreis der Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH mit der damit verbundenen Erhöhung des Eigenkapitals um 75.000,00 € zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

**Zu Punkt 11: Namensgebung für das Förderzentrum Süd des Kreises Mettmann
- Vorlage Nr. 40/001/2024**

KA Steffen berichtet.

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Das Förderzentrum Süd des Kreises Mettmann mit den Standorten Langenfeld und Monheim (LDS-Nr. 194931) erhält zum 01.06.2024 folgende Bezeichnung:

Mosaik - Schule

Förderschule des Kreises Mettmann im integrativen Verbund mit den Förderschwerpunkten Emotionale und soziale Entwicklung sowie Lernen – Primar- und Sekundarstufe I – und dem Förderschwerpunkt Sprache – Primarstufe –

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

**Zu Punkt 12: Betriebsabrechnung für die Entsorgung häuslicher Abfälle im Kreis Mettmann für das Jahr 2022
- Vorlage Nr. 32/001/2024**

KA Brixius berichtet.

Landrat Hendele korrigiert die Angabe auf Seite 3, 4. Absatz der Vorlage. Korrekterweise sei die Gebühr um 17,50 €, also um 10% im Vergleich zum Vorjahr gesenkt worden.

Unter Verweis auf die Entwicklung des Rest- und Sperrmüllaufkommens, des Gebührensatzes und der Betriebsergebnisse für die Entsorgung häuslicher Abfälle im Zeitraum 2012 - 2022 (Anlage 3 der Vorlage) erläutert KA Madeia, dass die nominelle Erhöhung von 145,80 € auf 159,00 € für einen zehnjährigen Zeitraum extrem gering sei, zumal die Lebenshaltungskosten und Produktkosten im gleichen Zeitraum um ein Vielfaches gestiegen seien. Er dankt der Verwaltung für die gute Arbeit.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der sich aus der Betriebsabrechnung 2022 für die Entsorgung häuslicher Abfälle ergebende Überschuss in Höhe von 1.457.791,81 € wird gemäß § 44 Abs. 6 KomHVO NRW zeitversetzt dem Sonderposten „Gebührenaussgleich Abfallentsorgung“ in gleicher Höhe zugeführt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

**Zu Punkt 13: Änderung der Satzung für das Notarztsystem des Kreises Mettmann
- Vorlage Nr. 38/002/2024**

KA Brixius berichtet.

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

1. Den Gebühren in Höhe von
 - 572,00 € für den Einsatz eines Notarztes / einer Notärztin,
 - 572,00 € für den Einsatz eines Notarztes / einer Notärztin bei der Verlegung eines Notfallpatienten / einer Notfallpatientin und
 - 425,00 € für den Einsatz eines Notarzteinsatzfahrzeugeswird unter Berücksichtigung der zu Grunde liegenden Gebührenkalkulation (Anlage 1) zugestimmt.
2. Die 16. Satzung zur Änderung der Satzung für das Notarztsystem des Kreises Mettmann in der Fassung der Anlage 2 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 14:	Ausreisepflichtige Personen im Kreis Mettmann Hier: Anfrage des Kreistagsabgeordneten Buchholz vom 11.01.2024 - Vorlage Nr. 33/001/2024
---------------------	--

Die Kreistagsmitglieder nehmen die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 15:	Beratungsangebot als Alternative zur "Between-The-Lines-App" Hier: Anfrage der Gruppe PIRATEN vom 01.03.2024 - Vorlage Nr. 53/005/2024
---------------------	---

Die Kreistagsmitglieder nehmen die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 16:	Ergänzung des Nahverkehrskonzeptes mit Schnellbuslinien und SPNV Hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 22.12.2023 - Vorlage Nr. 61/002/2024
---------------------	--

KA Joseph führt zu den Hintergründen des Antrages aus. Die FDP-Fraktion sei davon überzeugt, dass die Schaffung einer neuen Schnellbuslinie auch zu einer entsprechenden Nachfrage führen werde. Er betont, dass die Schnellbuslinien im Kreis Mettmann ein Erfolgsgarant seien. Alle bestehenden sechs Linien werden derzeit sehr gut angenommen. In Hilden gebe es zwar eine S-Bahn-Linie, allerdings fehle es an einer Schnellbuslinie, welche u.a. auch mögliche S-Bahn-Ausfälle problemlos auffangen könnte. Letztlich gehe es bei der Thematik auch um den Klimaschutz und eine Verkehrswende vom Auto hin zum ÖPNV.

Abschließend bietet KA Joseph an, den vorliegenden Antrag in einen Prüfauftrag umwandeln.

KA Thomas führt aus, dass die Umwandlung in einen Prüfauftrag bereits im Mobilitätsausschuss möglich gewesen wäre, dort von der FDP-Fraktion allerdings noch abgelehnt worden sei. Aus diesem Grund bedankt er sich für den spontanen Sinneswandel. Er führt weiter aus, dass die CDU-Fraktion vor einer Handlung bedarfsbegründende Fakten als notwendig erachte und aus diesem Grund auf das in diesem Jahr vorgestellte Verkehrsgutachten der TU Dresden warten wolle, um die dort erhobenen Daten einfließen lassen zu können. Zudem halte er es nicht für zielführend, einen solchen Beschluss an den kreisangehörigen Städten vorbei zu fassen; vielmehr sollten die betroffenen Städte zuvor einbezogen werden.

KA Dr. Stapper berichtet über den Vorlauf dieses Antrages und die damit verbundenen Gespräche. Bereits im Vorhinein sei durch die Fraktion BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN deutlich skizziert worden, welche Aspekte bei einem solchen Antrag beachtet werden müssten (Linienkonzessionen etc.). Der vorliegende Antrag sei mit einer viel zu festen Forderung formuliert worden. Die aufsummierte Streckenlänge würde im Millionenbereich liegen und der unterbreitete Finanzierungsvorschlag sei viel zu vage.

Er fasst zusammen, dass die Kooperationsfraktionen natürlich dafür seien, dass der ÖPNV schneller und zielgerechter werde, die Menschen zufriedener werden und der motorisierte Individualverkehr zugunsten des ÖPNV und des SPNV abnehme. Allerdings sei ein solches Großvorhaben – wie von der FDP-Fraktion versucht – nicht mit der „Brechtstange“ realisierbar. Er begrüßt die Umwandlung in einen Prüfauftrag.

KA Kuchler freut sich über den Aufschlag der FDP-Fraktion. Sie erinnert daran, dass bereits vor rund sechs Jahren ein Mobilitätsworkshop stattgefunden habe und ein Mobilitätsgutachten erarbeitet worden sei. Aus ihrer Sicht sei seither zu wenig auf diesem Gebiet passiert. Aus den ganzen Erkenntnissen seien nun Lehren zu ziehen und Ergebnisse zu erzeugen.

KA Ernst bittet darum, dass das Vorhaben nicht durch das Klimaschutzbudget gedeckt werde.

KA Madeia erklärt, dass die CDU-Fraktion dem Prüfauftrag – wie bereits im Mobilitätsausschuss angeboten – selbstverständlich zustimmen werde, um eine valide Entscheidungsgrundlage zu erhalten.

KA Geyer weist auf die umfangreichen Kosten des vorliegenden Vorhabens hin. Einem Prüfauftrag wird die SPD-Fraktion zustimmen. Aufbauend auf der Bedarfsanalyse (aus Sicht des Endkunden) durch die TU Dresden könne weiter agiert werden.

KA Joseph verdeutlicht, dass eine tatsächliche Verkehrswende durch die Schaffung von multiplen Angeboten und Anreizen realisiert werden könne. Konkret bedeute dies ein Umdenken weg von der Bedarfsplanung hin zu einer Angebotsplanung.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, fasst Landrat Hendele den modifizierten Beschlussvorschlag wie folgt zusammen und stellt diesen zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung folgender Schnellbuslinien im Kreis Mettmann zu prüfen:

- Langenfeld – Hilden – Düsseldorf (SB 785)
- Hilden – Erkrath – Mettmann (SB 741)
- Mettmann – Haan – Hilden – Langenfeld - Monheim-Baumberg (SB Südkreis)
- Mettmann – Ratingen - Heiligenhaus – Velbert – Wülfrath (SB Nordkreis)

Für die Schnellbusse im Süd- und Nordkreis wird eine Möglichkeit zum Umsteigen in Mettmann geprüft.

Die zusätzlich eingesetzten Schnellbusse sollen während der Spitzenauslastungen am Morgen und späten Nachmittag besonders mit Blick auf den Pendlerverkehr im Halbstundentakt verkehren und die bestehenden Buslinien verstärken. Dabei sollen in jeder der kreisangehörigen Gemeinden nur maximal die zwei wichtigsten Haltepunkte (bspw. an S-Bahn-Stationen oder Knotenpunkten der Ortsbuslinien) angefahren werden.

Darüber hinaus wird die Einrichtung eines zusätzlichen Haltepunktes auf den zukünftigen Linien S16/S17 (Düsseldorf – Solingen – Leverkusen-Opladen – Köln) im Kreis Mettmann, in Hilden, weiterhin prioritär vorangetrieben.

Die Kostenbeteiligung ist mit den betroffenen Gemeinden abzustimmen.

Fördermöglichkeiten zur Einrichtung von Schnellbuslinien durch Bund, Land und EU sind zu prüfen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 17:	Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages vom 18.01.2024 Hier: Gemeinsame Erklärung der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP, UWG-ME, der Gruppe PIRATEN
---------------------	--

**und von KA KÜCHLER vom 08.02.2024
- Vorlage Nr.**

KA Madeia begründet die in den Kreistag eingebrachte gemeinsame Erklärung der Fraktionen, der Gruppe und eines Einzelmitglieds. Am heutigen „Tag gegen Rassismus“ sei das Bekenntnis des Kreistages des Kreises Mettmann zum Anschluss an die Trierer Erklärung ein sehr passender Tagesordnungspunkt. In den letzten Monaten habe sich bundesweit quer durch die Gesellschaft eine Bewegung formiert, die für den Rechtsstaat und die Demokratie sowie für Toleranz und Respekt gegenüber allen Menschen eintrete. Eine breite Mehrheit der Bevölkerung lehne jede Form von politischem und gesellschaftlichem Extremismus, Radikalismus und Rassismus entschieden ab. Die Trierer Erklärung sei in ihrer klaren Botschaft eine gute Grundlage, der sich die meisten der im Kreistag vertretenen Fraktionen, die Gruppe und ein Einzelmitglied des Kreistages ausdrücklich anschließen möchten. Daher wollen diese Unterstützer die Erklärung gleich in Teilen jeweils einzeln verlesen und anschließend einen entsprechenden Kreistagsbeschluss fassen lassen. Diesen Beschluss solle der Landrat dem Deutschen Städtetag zur Kenntnis geben.

KA Burghaus geht auf den Vortrag von KA Madeia ausführlich ein. Er halte es für Überheblichkeit, wenn die Unterzeichner der gemeinsamen Erklärung für sich in Anspruch nähmen, die einzigen demokratischen Kräfte im Kreistag zu sein. Der Versuch, die AfD und ihre Mitglieder in eine undemokratische Ecke zu stellen und der Partei eine menschenverachtende Haltung zu unterstellen, sei ungeheuerlich und beweise die Unkenntnis des AfD-Programms. Das Ignorieren der berechtigten Anliegen von 5 Millionen Wählerinnen und Wählern zeuge zudem von Arroganz und Ignoranz. Die Vertreter der AfD im Kreistag könnten sich der Trierer Erklärung im Großen und Ganzen inhaltlich durchaus anschließen. Als skandalös bewerte er auch die politische und mediale Hetzjagd gegen die AfD in Bezug auf das abgehörte Treffen in Potsdam, das er als ein privates Treffen von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens betrachte und zu dem die aufgeheizte Berichterstattung im Nachhinein vielfach als „Fake News“ entlarvt worden sei. Es sei kein Treffen der AfD gewesen; diese Behauptung sei eine reine Erfindung. Die berechtigte Forderung nach der Abschiebung von Menschen ohne Aufenthaltsberechtigung würde von nahezu allen Parteien unterstützt. Begriffe wie „Vertreibung“ oder „Deportation“ seien nie gefallen und im Programm der AfD, dessen Lektüre KA Burghaus nachdrücklich empfiehlt, auch nicht zu lesen. Anderslautende Darstellungen seien ein unredlicher Versuch, die Erfolge der AfD in der Wählergunst zu bekämpfen. Das in dieser Form zur Beschlussfassung vorgelegte Papier zum Anschluss des Kreistages an die Trierer Erklärung empfinde er als einen respektlosen, undemokratischen Antrag, den die AfD-Fraktion ablehnen werde.

KA KÜCHLER möchte die vorgenannten Ausführungen so nicht unkommentiert stehen lassen. Insbesondere sei es eine infame Gegenbehauptung der AfD, dass unabhängige Journalisten von der Bundesregierung bezahlt worden seien.

Auch KA LESSING formuliert eine vehemente Erwiderung auf den Redebeitrag von KA BURGHHAUS. Die AfD werde vom Verfassungsschutz – aufgrund von Äußerungen und Programmen – als rechtsextremistisch eingestuft – insofern gehe es hier nicht um Unterstellungen. Für das raue Klima im gesellschaftlichen Diskurs sei die AfD stark mitverantwortlich. Als Lehrer nehme er wachsende Ängste von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund wahr, wie zum Beispiel die Angst von Abschiebung. Innen- wie weltpolitisch seien extreme bzw. extremistische Positionen viel präsenter geworden; hier werfe er der AfD vor, immer wieder gezielt Öl ins Feuer zu gießen. Deswegen gingen in gewaltiger Zahl und über alle Parteigrenzen hinweg besorgte Menschen auf die Straßen, die von AfD-Mitgliedern zum Teil als von der Regierung bezahlte Demonstranten bezeichnet worden seien. Hinter der Maske von Biedermännern verberge sich in der AfD oft eine antidemokratische Gesinnung. Das Bild, das die AfD nach außen zeichne, sei maßgeblich von Herrn Höcke und Co. geprägt. Wer sich glaubwürdig auf

demokratischer Basis bewegen und wahrgenommen werden wolle, müsse konsequenterweise aus der AfD als „Höcke-Partei“ austreten bzw. parteiliche Neuformierungen unterstützen.

KA Prof. Dr. Bommermann betont, dass er den Bundesnachrichtendienst und den Verfassungsschutz nicht als unabhängige, sondern als weisungsabhängige Behörden betrachte. Die AfD sei eine große, akzeptierte Partei. Es sei nicht redlich, die AfD mit der Gesinnung von Herrn Höcke gleichzusetzen, der nicht das Gesicht der Partei nach außen präge. Die Arbeit der AfD-Kreistagsfraktion in den letzten Jahren sei von einem vernünftigen Einsatz für die Kreisinteressen geprägt; auf dieser Ebene sei belegt worden, dass von einer Orientierung an Extremismus und Rassismus überhaupt keine Rede sein könne.

KA Madeia verweist auf den Beschluss des Rates der Stadt Ratingen, der sich der Trierer Erklärung bereits angeschlossen habe. Dort habe das AfD-Ratsmitglied Ulrich die Erklärung mit den November-Pogromen 1938 in Verbindung gebracht und von „Schande“ gesprochen. Den Vertretern der AfD-Fraktion im Kreistag lege er keine persönlichen Fehlverhaltensweisen zur Last, aber in dieser Partei seien sehr viele Leute, die in Worten und Werken nicht zu den demokratischen Grundwerten stünden. Daher wäre ein klares Bekenntnis der AfD wünschenswert, zum Beispiel in Form einer Erklärung ohne Polemik.

KA Ernst zählt 11 Demonstrationen in den Städten des Kreises seit Jahresbeginn auf und benennt die Zahlen der Teilnehmenden, die sich auf über 20.000 summieren. Das Eintreten der Menschen auf breiter Basis für Demokratie und Toleranz sei eindrucksvoll; das überwältigende Bekenntnis gegen Rechtsextremismus richte sich eindeutig auch gegen die AfD.

KA Onori erklärt, dass sie als Einzelmitglied die Erklärung mittrage und nur durch ein technisches Problem im Vorfeld nicht ihre Bereitschaft mitteilen konnte, bereits mit ihrer Unterschrift unter der vorgelegten gemeinsamen Erklärung dazu stehen zu wollen.

Im Anschluss verlesen die Kreistagsabgeordneten Madeia, Ernst, Geyer, Joseph, Hagling, Benoit und Kückler in dieser Reihenfolge nacheinander vom Rednerpult aus jeweils eine Passage aus der gemeinsamen Erklärung bzw. den Wortlaut der Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages.

Landrat Hendele erklärt danach sein beabsichtigtes Abstimmungsverhalten. Er werde sich der Trierer Erklärung anschließen. Die AfD habe den Zeitpunkt längst verpasst, zu dem sie sich von den radikalen Geistern in der Partei hätte lösen und zu einer demokratischen Partei entwickeln können. Dies sei eine bedauerliche Realität. Es seien beileibe nicht nur die Führung der Bundespartei und die Sprüche von Herrn Höcke, die antidemokratische Einstellungen und den Wunsch nach einem anderen System vermittelten.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele über den Beschlussvorschlag (Erklärung) abstimmen.

Beschluss:

Der Kreistag des Kreises Mettmann schließt sich der Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages vom 18.01.2024 an (<https://www.staedtetag.de/files/dst/docs/Presse/2024/trierer-erklaerung-2024.pdf>).

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
(bei 3 Nein-Stimmen der AfD-Fraktion)

Zu Punkt 18: Nachträge

Keine.

Landrat Hendele stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 17:51 Uhr

gez.
Thomas Hendele

gez.
Nico Hüsgen